

SVP des Kantons Zürich

Lagerstrasse 14

8600 Dübendorf

Tel. 044 217 77 66

Fax 044 217 77 65

E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch



Parolen zur Volksabstimmung vom 22. September 2013

Eidgenössische Vorlagen

| | |
|---|-------------|
| 1. Volksinitiative "Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht" | NEIN |
| <p>Mit einer neuen Volksinitiative will die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) die allgemeine Wehrpflicht abschaffen und eine Art „freiwillige Milizarmee« einführen. Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass Armeen ohne Wehrpflicht die grösste Mühe haben, genügend gutes Personal zu rekrutieren. Freiwillig melden sich meist zu wenige und die Falschen! Bei einer Abschaffung der Wehrpflicht ist die Sicherheit von Land und Bevölkerung nicht mehr gewährleistet. Sicherheit ist keine Selbstverständlichkeit, sondern eine nationale Aufgabe, und sie hat ihren Preis. Dafür ist unsere Milizarmee das einzige schweizweit einsetzbare robuste Mittel bei Krisen, Katastrophen und Konflikten. Wehrpflicht und Milizprinzip machen den Schutz des Landes zur gemeinsamen Aufgabe aller Schweizer Bürger. Letztendlich geht es den Initianten nicht um die die «Freiwillige Milizarmee», sondern um die Abschaffung der Armee.</p> | |

| | |
|---|-----------|
| 2. Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten der Menschen (Epidemiengesetz) | JA |
| <p>Im Laufe der Jahre sind neue Krankheitsbilder aufgetaucht und die Ansteckungsgefahr ist grösser geworden: die Mobilität hat zugenommen und die Menschen leben in den Städten näher beisammen als früher. Probleme bei der Bewältigung von SARS oder der Schweinegrippe haben aufgezeigt, dass das bestehende Epidemiengesetz die Bevölkerung nicht mehr genügend schützt. Das 40-jährige Gesetz muss neuen Anforderungen angepasst werden. Das revidierte Epidemiengesetz wurde vom Parlament klar angenommen. Wichtig ist jedoch, dass Bevölkerung und Parlament aufmerksam und kritisch die Arbeit des Bundesamtes für Gesundheit begleiten.</p> | |

| | |
|---|-----------|
| 3. Änderung des Arbeitsgesetzes | JA |
| <p>Tankstellen-Shops müssen heute in der Nacht einen Teil des Sortiments wegschliessen oder mit Blachen abdecken. Ein bürokratischer Unsinn. Die Revision des Arbeitsgesetzes sorgt dafür, dass diejenigen Shops, welche sowieso schon geöffnet sind, während der ganzen Zeit ihr gesamtes Sortiment verkaufen dürfen. Bei dieser Gesetzesrevision geht es weder um Arbeitszeiten noch um eine Liberalisierung der Öffnungszeiten. Diese sind nämlich kantonal geregelt - und das bleibt auch nach dem 22. September so. In Tat und Wahrheit stimmen wir lediglich über eine absurde Sortimentsbeschränkung ab, welche die Bundesverwaltung den Tankstellenshops auferlegt hat. Bratwürste, Tiefkühlpizzas, Deodorants, ein Laib Brot oder ein Sechserpack Bier sind verboten. Sie fallen gemäss Bundesverwaltung unter das Shopsortiment. Derweil dürfen eine Cervelat, ein Semmeli oder eine Dose Bier verkauft werden. Bundesbern diktiert uns also schon den Einkaufszettel – so weit sind wir.</p> | |

Kantonale Vorlagen

| | |
|---|-------------|
| 1. Kantonale Volksinitiative «Für mehr Demokratie» (fakultatives Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer auf Gemeindeebene) | NEIN |
| <p>Wenige Staaten offerieren ihren ausländischen Bewohnern so umfassende Integrationsmöglichkeiten wie die Schweiz. Aufgrund des in der einheimischen Bevölkerung breit verankerten Vereinslebens kann sich ein Ausländer oder eine Ausländerin schon ab dem ersten Tag seiner Ankunft in unserem Land am Gemeinwesen aktiv beteiligen. Ist die Integration erfolgreich verlaufen, so ist jedermann herzlich willkommen, sich via die Einbürgerung noch verstärkt an unserer Gemeinschaft zu beteiligen. Bei der Annahme der linken Initiative würden weder die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung noch deren Kenntnisse unserer Landessprache und unserer Gesetze und Bräuche gefördert noch verbessert. Nein, es resultierte einzig und allein eine Zweiklassengesellschaft innerhalb der Gemeinden zwischen den Schweizerbürgern mit ihren Bürgerrechten und Bürgerpflichten und Ausländern und Zugewanderten mit Bürgerrechten ohne Pflichten.</p> | |